

Pressemitteilung

Kommunaltheater empfehlen Einstellung des Spielbetriebs bis zum 14. Januar 2021

Am 25.11.2020 haben Bund und Länder beschlossen, die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie bis mindestens 20. Dezember 2020 zu verlängern. Davon ist auch der Spielbetrieb der Theater betroffen. Da damit zu rechnen ist, dass die beim Bund-Länder-Gipfel getroffenen Maßnahmen auch über diese Frist hinaus verlängert werden müssen, haben die Kommunal- und Privattheater in Baden-Württemberg während einer Videokonferenz verabredet, ihren jeweiligen Rechtsträgern zu empfehlen, den regulären Spielbetrieb bis einschließlich 14. Januar 2021 einzustellen, um für Publikum und Beschäftigte der Theater gleichermaßen verlässliche und mittelfristige Perspektiven zu geben.

Der Landesverband Baden-Württemberg des Deutschen Bühnenvereins kritisiert in diesem Zusammenhang das unabgestimmte Vorgehen des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst, das für die Staatstheater in Stuttgart und Karlsruhe beschlossen hatte, den Spielbetrieb bis zum 31. Januar 2021 ruhen zu lassen. "Die Entscheidung ist zwar nachvollziehbar, aber es ist absolut unverständlich, dass eine gemeinsame Absprache mit den Kommunal- und Privattheatern in Vorbereitung des Beschlusses ausblieb", so der Vorsitzende des Landesverbands und Kulturbürgermeister von Freiburg, Ulrich von Kirchbach. Er erwarte von der Landesregierung eine verbindliche Zusage, dass durch diese Maßnahme keine negativen Rückschlüsse hinsichtlich der Zuwendungen gezogen werden. Die meisten Theater minimierten den wirtschaftlichen Schaden durch Kurzarbeit.

Die Bühnen in Baden-Württemberg sind sich ihrer großen Verantwortung angesichts der hohen Corona-Infektionszahlen bewusst und werden die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie solidarisch und besonnen unterstützen. Gleichwohl erwarten die Kommunal- und Privattheater bei den nächsten politischen Entscheidungen ab Mitte Dezember größere Planungssicherheit und dass den bewährten Hygienekonzepten, die die Bühnen in den letzten Monaten erarbeitet und umgesetzt haben, auch in politischen Entscheidungen Rechnung getragen wird.

27. November 2020